

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrifts-Nr	134
		TOP:	5
	Verhandlung	Drucksache:	726/2013
		GZ:	

Sitzungstermin:	24.07.2013
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	OB Kuhn
Berichterstattung:	-
Protokollführung:	Frau Sabbagh pö
Betreff:	Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung in der Landeshauptstadt Stuttgart

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 24.07.2013, öffentlich, Nr. 302

Ergebnis: einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser vom 17.07.2013, GRDRs 726/2013, mit folgendem

Beschlussantrag:

- I. Der Gemeinderat begrüßt die Initiative der Jugendräte zur Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung und spricht sich für die Umsetzung des nachstehenden Verfahrens aus:
 1. Der Oberbürgermeister setzt den Tagesordnungspunkt "Bericht aus dem Jugendrat" mindestens einmal jährlich auf die Tagesordnung des Gemeinderats. Der Termin wird mit dem Arbeitskreis der Stuttgarter Jugendräte vereinbart.
 2. Der Arbeitskreis der Stuttgarter Jugendräte erhält das Recht, schriftliche Anfragen und Anträge (außer Haushaltsanträge) an das Bürgermeisteramt zu richten. Das Verfahren zur Bearbeitung der Anfragen (§ 27 der Geschäftsordnung des Gemeinderats, GOG) und Anträge (§ 11 GOG) für die Gemeinderäte wird analog angewandt.

3. Steht der "Bericht aus dem Jugendrat" oder ein vom Arbeitskreis der Stuttgarter Jugendräte eingebrachter Antrag auf der Tagesordnung des Gemeinderats, erhalten die Vertreter des Arbeitskreises Stuttgarter Jugendräte das Rederecht. Diese Regelung kann auch in den Ausschüssen des Gemeinderats Anwendung finden.
4. Für zwei Vertreter des Arbeitskreises der Stuttgarter Jugendräte wird ein Sitzplatz im Großen Sitzungssaal hinter den Reihen der Mitglieder des Gemeinderats ausgewiesen.

II. Die Geschäftsordnung des Gemeinderats wird gemäß Anlage 1 geändert.

Die Vertreter der Fraktionen begrüßen die in der GRDRs 726/2013 dargelegten Neuerungen zur Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung und loben insbesondere auch die Tatsache, dass der Impuls hierzu von den Jugendlichen selbst gekommen war.

StRin Deparnay-Grunenberg (90/GRÜNE) richtet den Blick in die Zukunft. Ihre Fraktion wolle die Beteiligung von Jugendlichen in politischen Prozessen noch erweitern und auch in anderer Form anbieten. In dieser Richtung wolle man mit den Jugendräten und anderen bereits organisierten Jugendlichen gemeinsam weiterdenken.

Von einem historischen Tag spricht StR Kotz (CDU). Mit den Neuerungen werde die Mitarbeit im Jugendrat attraktiver, was gerade auch angesichts der bevorstehenden Jugendratswahlen hilfreich sei. Eine Schwächung des Gemeinderats sei seiner Ansicht nach nicht zu befürchten, da die Entscheidungshoheit immer noch bei diesem liege.

StR Reißig (SPD) erinnert nochmals an die von seiner Fraktion in einem Antrag erhobene Forderung nach einer Informationskampagne, in der gemeinsam mit den Schulen, Jugendräten, Jugendhäusern und ggf. der Landeszentrale für politische Bildung auf die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre hingewiesen werden solle. Hierzu bittet er um eine rasche Antwort der Verwaltung.

Auch seine Fraktion unterstütze politische Aktivitäten von Jugendlichen, erklärt StR Zeeb (FW), und sie hoffe, dass diese auch ernsthaft wahrgenommen würden.

StR Klingler (FDP) lobt die vielfältigen Aktivitäten der Jugendräte. Um deren Motivation - gerade auch angesichts der Diskrepanz zwischen aktivem und passivem Wahlrecht - zu erhalten und ihre Lust am politischen Gestalten voranzubringen, werde seine Fraktion der Beschlussvorlage gerne zustimmen.

Als ehemaliger Jugendrat der ersten Stunde freut sich StR Rockenbauch (SÖS und LINKE) über den Erfolg, sieht die Neuerungen jedoch eher als eine Art Zwischenschritt. Die Jugendbeteiligung müsse weiter ausgebaut werden. Zudem sollte man darüber nachdenken, die direkte Wahl auch für die Bezirksbeiräte zu übernehmen. Daneben sollte auch die gesamtstädtische Vertretung der Jugendräte

gestärkt werden, z. B. in Form eines direkt gewählten Jugendgemeinderats. Dies bedeute, dass der Gemeinderat Verantwortung und Entscheidungskompetenz sukzessive an die Jugendräte abgeben müsse. Vor allem dadurch erreiche man eine stärkere Beteiligung von Jugendlichen, nicht durch Werbekampagnen. Mit Blick auf die Bürgerhaushalte regt er an, über Jugendhaushalte in den Stadtteilen mit eigenem Etat nachzudenken.

OB Kuhn stellt abschließend fest:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig wie beantragt.

zum Seitenanfang